

Fragen

für die Fragestunde der 111. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 17. Juni 2015

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	19, 20	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	1, 11
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	28, 29	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Schauws, Ulle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	30, 31	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 24
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 25	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	3, 4
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	2, 32	Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	8, 9
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	23, 33	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	6, 7
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	8
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
Welche konkreten Maßnahmen und Projekte hat die Bundesregierung zur Umsetzung der Berliner Erklärung „Gemeinsam gegen Homophobie, für Vielfalt und Akzeptanz im Sport“ vom 17. Juli 2013 auf den Weg gebracht bzw. unterstützt, und ist beabsichtigt, über dieses Themenfeld im nächsten Sportbericht ausführlich in einem eigenen Abschnitt zu informieren?

2. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
Welche verschiedenen, auf europäischer Ebene begleitend zum Mittelmeer-Lagezentrum JOT MARE bei Europol durch die Agentur FRONTEX initiierten Projekte, die eine Überwachung des Handels mit und der Nutzung von verdächtigen Schiffen zum Inhalt haben, sind auf Bundestagsdrucksache 18/5048 angesprochen (bitte Inhalt und Teilnehmende jeweils kurz skizzieren), und welche Angaben kann die Bundesregierung dazu machen, inwiefern von ihr an FRONTEX ausgeliehene „Debriefler“ bzw. bei Europol an „speziell geschulte[n] Überwachungs- und Vernehmungsgruppen“ (Ratsdok. 9345/15) teilnehmende deutsche Polizisten vor den Befragungen bzw. Verhören Geflüchteter diesen gegenüber ausreichend deutlich machen, dass jede Aussage über Fluchtrouten, Transportmittel, bezahlte Gelder oder beteiligte Fluchthelfer verweigert werden kann, ohne dass den Befragten bzw. Verhörten im Asylverfahren Nachteile entstehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

3. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
Wie viele ausgeschiedene Beamte des Direktoriums der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sind in den letzten zehn Jahren ihrer Anzeigepflicht nach § 105 des Bundesbeamtenengesetzes (BBG) (seit 2009) bzw. § 69a BBG (vor 2009) nachgekommen, indem sie neue Tätigkeiten gemeldet haben, weil diese mit ihrer bisherigen dienstlichen Tätigkeit im Zusammenhang stehen, und bei wie vielen der genannten Personen wurde nach § 105 BBG bzw. § 69a BBG eine Erwerbstätigkeit oder anderweitige Beschäftigung untersagt (bitte jährlich angeben)?

4. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Wie viele ausgeschiedene Beamte des Direktoriums der BaFin sind in den letzten zehn Jahren unter Verzicht auf Versorgungsansprüche und -bezüge aus dem Dienst ausgeschieden (ausschließlich der nach § 105 BBG erwähnten Ruhestandsbeamten und ausschließlich der Beamten mit Anspruch auf Altersgeld und ausschließlich der Beamten mit anderen beamtenrechtlichen Versorgungsansprüchen), und haben sich in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichern lassen (bitte jährlich angeben)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

5. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Menschen starben nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland in den Jahren 2010, 2011, 2012, 2013 und 2014 jeweils an den Folgen ihres Asbest-Kontakts bzw. ihrer Asbest-Exposition, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über ungewollte bzw. nichtwissentliche Expositionen von Privatleuten oder Handwerkern heute im Rahmen von Renovierungsarbeiten (wenn möglich, mit Daten zur Anzahl der betroffenen Personen aus den letzten Jahren)?
6. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Inwiefern ist die Deutsche Post AG in dem derzeit stattfindenden Streik ihrer Streikanzeigepflicht bei der Agentur für Arbeit nach § 320 Absatz 5 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) nachgekommen (bitte wenn möglich, Meldungen nach Gesamtzahl und Anzahl nach Bundesländern aufgliedern), und wie stellt die Bundesagentur für Arbeit sicher, dass Erwerbslose beim derzeitigen Poststreik nicht als Streikbrecher eingesetzt werden?
7. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Vermittelt die Bundesagentur für Arbeit (Agenturen bzw. Jobcenter) während des Poststreiks Arbeitskräfte an die Deutsche Post AG (wenn ja, bitte beantworten, in welcher Form und in welchem Ausmaß, inklusive der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung) oder ist sie indirekt an einer Vermittlung – etwa im Rahmen ihrer Einrichtungen und Aufsicht zur Arbeitnehmerüberlassung – beteiligt (national wie international)?

8. Abgeordneter
**Harald
Weinberg**
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung bezugnehmend auf die Antwort auf meine Schriftliche Frage 57 auf Bundestagsdrucksache 18/5040 Auskunft geben, welche die zuständige Behörde ist, an die sich ein Krankenhaus wenden muss, um die Kosten der Behandlung eines illegal eingereisten und in Deutschland sich illegal aufhaltenden Flüchtlings erstattet zu bekommen, wenn die Identität des Flüchtlings unbekannt ist und im vitalen Interesse des Flüchtlings auch besser unbekannt bleibt?
9. Abgeordneter
**Harald
Weinberg**
(DIE LINKE.)
- Weshalb legt man die Zuständigkeit für illegal in Deutschland lebende Flüchtlinge in den Bereich des Sozialamtes, wo sich der Wohnort des Flüchtlings befindet, so dass letztlich der Leistungserbringer meist die Kosten abschreiben muss, und nicht in den des Sozialamtes, wo sich der Leistungserbringer befindet, so dass es zu diesen Zuständigkeitsschwierigkeiten überhaupt nicht kommen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

10. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchen Ergebnissen bezüglich der Kleingruppenhaltung ist der Staatssekretärsausschuss Tiererschutz in seiner letzten Sitzung am 11. Juni 2015 gekommen, und wann wird diese Kleingruppenhaltung auslaufen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

11. Abgeordnete
**Katrin
Kunert**
(DIE LINKE.)
- Welche zusätzlichen Krankheitsbilder wird die Bundesregierung als Konsequenz aus ihrem durchgeführten Fachsymposium vom 9. bis 11. Februar 2015 in den Entschädigungsverfahren für die Radarstrahlengeschädigten der Bundeswehr und ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR zukünftig mit berücksichtigen?

12. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Mitglieder der Bundesregierung und ggf. Mitarbeiter nachgeordneter Behörden nehmen – wie die Bundesministerin der Verteidigung Dr. Ursula von der Leyen und deren Staatssekretärin Dr. Katrin Suder – an der geheimen Bilderberg-Konferenz vom 11. bis 14. Juni 2015 in Tirol (telepolis vom 9. Juni 2015) teil, und mit welchen dienstlichen Notwendigkeiten rechtfertigt die Bundesregierung solche Ausgaben in Zeiten von Sparzwängen wegen knapper öffentlicher Mittel?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

13. Abgeordnete
Ulle Schauws
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Argumenten hält die Bundesregierung im EPSCO-Rat (Europäischer Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) einen Prüfvorbehalt für eine EU-Richtlinie für eine Frauenquote in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen aufrecht?
14. Abgeordnete
Ulle Schauws
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie und wann wird sich die Bundesregierung konstruktiv an der EU-Richtlinie für eine Frauenquote beteiligen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

15. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass der Grund für den Stopp der Bohrarbeiten für den Fildertunnel bei Stuttgart-Fasanenhof fehlende Unterfahrungsrechte waren, und für wie viele von diesem Tunnel betroffenen Grundstücke fehlen derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung noch die Unterfahrungsrechte (vgl. Stuttgarter Nachrichten vom 9. Juni 2015: www.stuttgarternachrichten.de/inhalt.stuttgart-21-tunnelbau-pannebahn-widerspricht.139e3be0-9a15-415e-9feb6dbdfc675fbd.html)?

16. Abgeordneter
**Matthias
Gastel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung unter Verweis auf die Verschiebung der geplanten Verlängerung der Neckarschleusen vom Jahr 2025 auf das Jahr 2031 und auf die Beschränkung der Ausbaupläne auf den Abschnitt von der Mündung bis Heilbronn aus der Aussage im „Staatsanzeiger für Baden-Württemberg“ (Ausgabe vom 29. Mai 2015), wonach „Der Bund, der für die großen Wasserstraßen zuständig ist, den Neckarausbau scheinbarweise ad acta zu legen scheint“, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass laut des genannten Artikels die Bundesregierung „eine erhebliche Unterfinanzierung“ beim Erhalt und zukunftsfähigen Ausbau der Wasserstraßen einräumt?
17. Abgeordnete
**Dr. Valerie
Wilms**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kosten sind inzwischen für die beiden Schiedsverfahren zwischen Bund und Toll Collect GmbH entstanden, und inwiefern ist ein Ende der Schiedsverfahren absehbar?
18. Abgeordnete
**Dr. Valerie
Wilms**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Verhandlungen für die beiden Schiedsverfahren zwischen Bund und Toll Collect GmbH haben seit Oktober 2014 stattgefunden (bitte mit Angabe von Ergebnissen), und von wie vielen weiteren Verhandlungen geht die Bundesregierung bis zum Abschluss der Schiedsverfahren noch aus?
19. Abgeordneter
**Herbert
Behrens**
(DIE LINKE.)
- Mit welcher Begründung hält es die Bundesregierung für zielführend, den ehemaligen Fliegerhorst Friedrichsfeld (Landkreis Friesland), dessen überwiegender Teil vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) als schutzwürdig eingestuft worden ist, „umzubauen“, um im Rahmen einer vorgezogenen Ausgleichsmaßnahme Ausgleichsflächen für geschützte Vogel- und Pflanzenarten, die beim Bau der A 20 zerstört würden, nachweisen zu können (http://wp.a22-nie.de/wp-content/uploads/2015/04/Waterkant_2015-01_Auszug_A20-absurde-Ausgleichsmaßnahmen.pdf)?
20. Abgeordneter
**Herbert
Behrens**
(DIE LINKE.)
- Mit welchem Ergebnis hat sich die Bundesregierung mit der Wirksamkeit von CEF-Maßnahmen (continuous ecological functionality-measures) befasst, deren Wirksamkeit in einer Untersuchung entsprechender Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen

(Gerhard, Michael, et al. [2014]: „Europäischer Artenschutz im Blindflug“ 46 [11], 2014, S. 329–335) stark bezweifelt worden ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

21. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Stand des von der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks, Ende Februar 2015 angekündigten Konzepts zur Verteilung der insgesamt 26 ausstehenden Castoren mit verglasten radioaktiven Wiederaufarbeitungsabfällen aus La Hague und Sellafield auf verschiedene standortnahe Zwischenlager an hiesigen Atomkraftwerken (bitte auch mit Angabe des geschätzten weiteren Zeitbedarfs für Konzeptfinalisierung und politische Verständigung mit den betreffenden Bundesländern; zur Ankündigung siehe beispielsweise den Gastkommentar von Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks in DER TAGESSPIEGEL vom 22. Februar 2015), und insbesondere welche Standorte werden dabei vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit konkret ins Auge gefasst?
22. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Konkret welche offenen Fragen zum Atomkraftwerk Gundremmingen haben die beiden vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit beauftragten Sachverständigenorganisationen Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) gGmbH und Physikerbüro Bremen in den drei Themenbereichen „geführte Nachweise zur Beherrschung des Bemessungserdbebens“, „Prüfkonzept des Zusätzlichen Nachwärmeabfuhr- und Einspeisesystems“ und „Vorgaben im Betriebshandbuch“ (bitte vollständige Angabe der konkreten Fragen bzw. Unklarheiten, nicht nur Benennung der Themenbereiche; vgl. hierzu die Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Rita Schwarzelühr-Sutter auf meine Mündliche Frage 23, Plenarprotokoll 18/108, S. 10349 vom 10. Juni 2015)?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

23. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.) Auf welche (ggf. nur vorläufig geschätzten) Gesamtkosten auf Seiten des Bundes belaufen sich die Ausgaben in Zusammenhang mit dem G7-Gipfel in Elmau (einschließlich etwaiger Zahlungen oder Rechnungsverzichte gegenüber dem Freistaat Bayern), und wie verteilen sich diese Kosten auf die einzelnen Bundesministerien bzw. Bundesbehörden?
24. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Kosten für Bewirtung, Beherbergung und Fahrgeschäfte verausgabte der Bundesnachrichtendienst – auch für Gäste etwa anderer Nachrichtendienste – seit dem Jahr 2005 jährlich anlässlich des Münchner Oktoberfests (bitte nach Jahren, Beträgen und Kostengruppen aufschlüsseln), und mit welchen dienstlichen Notwendigkeiten rechtfertigt die Bundesregierung solche Ausgaben in Zeiten von Sparzwängen wegen knapper öffentlicher Mittel?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Energie**

25. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wird die Bundesregierung an ihrer für den Annex II von CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) angemeldeten Bereichsausnahme für Friedhofs- und Bestattungsdienstleistungen festhalten, und wie beurteilt die Bundesregierung insgesamt den – nach mir vorliegenden – Versuch der Europäischen Kommission, auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union hinzuwirken, damit diese bestimmte angemeldete Ausnahmen in den Annex I verschieben oder ganz fallen lassen und damit für die Privatisierung freigeben, obwohl sie dies ursprünglich nicht wollten?
26. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wird die Bundesregierung bei der geplanten Ausschreibung von Windenergieanlagen die in der maßgeblichen EU-Beihilferichtlinie verankerte De-Minimis-Regelung (Untergrenze unterhalb derer keine Ausschreibung gefordert wird und eine Festvergütung gewährt werden kann) ausschöpfen, und wenn nein, warum nicht?

27. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Treffen gab es zwischen der Bundesregierung und Branchenvertretern seit der Vorstellung des Eckpunktepapiers des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und deren Vorstellung zur CO₂-Minderung im Kraftwerkspark am 21. März 2015 (bitte unter Angabe des Verbandes bzw. Unternehmens, Datum und Ausgang des Gesprächs), und wie sieht der weitere Zeitplan der Bundesregierung diesbezüglich aus?
28. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Welche militärische Ausrüstung nach Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste – Anhang zur Außenwirtschaftsverordnung – wurde in die Ukraine exportiert (bitte entsprechend der Jahre 2014 und 2015 tabellarisch nach Wehrmaterial, Umfang und Gesamtwarenwert auflisten), und inwieweit wird die Ukraine seitens der Bundesregierung als Spannungsherd eingestuft?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

29. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist die Bundesregierung der Auffassung, dass Saudi-Arabien ein geeigneter Bündnispartner im Kampf gegen den islamistischen Fundamentalismus bzw. Terrorismus ist, wenn Saudi-Arabien nur jene „Menschenrechte unterstützt und alle internationalen Konventionen respektiert“, „die in Übereinstimmung mit der Scharia stehen“ (www.zeit.de/politik/ausland/2015-06/saudi-arabien-strafe-raif-badawi-kritik-eu-parlament-brief), was z. B. nun der 31-jährige Blogger Raif Badawi, der in seinem Onlineforum „Saudiische Liberale“ erzkonservative Kleriker und das Treiben der Religionspolizei kritisiert hatte, zu spüren bekommt, nachdem Anfang der Woche das oberste Gericht des Königreiches das drakonische Urteil von zehn Jahren Haft, 1 000 Stockschlägen und umgerechnet 200 000 Euro Geldbuße für rechtskräftig erklärte (www.zeit.de/politik/ausland/2015-06/raif-badawi-saudi-arabien), und inwieweit ist nach Kenntnis der Bundesregierung dieses Verständnis von Menschenrechten die Grundlage der Bildung an der saudi-arabischen Schule König Fahd Akademie gGmbH in Bonn?

30. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Was sind nach Auffassung der Bundesregierung die Gründe für den Rückgang der Zustimmung zur NATO in Deutschland von 73 Prozent im Jahr 2011 auf 55 Prozent im Jahr 2015, wie „SPIEGEL ONLINE“ am 10. Juni 2015 berichtet hatte?
31. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung, um die derzeitige Mehrheitsmeinung der deutschen Bevölkerung in ihrer Politik abzubilden (laut gleicher SPIEGEL ONLINE-Quelle lehnen 53 Prozent der Deutschen einen Beitritt der Ukraine in die NATO ab), auch in Zukunft eine Zustimmung für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ausschließen?
32. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern hat die Bundesregierung eine Position zur von der Ukraine erklärten Abweichung (<http://iportal.rada.gov.ua/en/news/page/news/News/110107.html>) von Artikel 5 (Recht auf Freiheit und Sicherheit), Artikel 6 (Recht auf ein faires Verfahren), Artikel 8 (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) sowie Artikel 13 (Recht auf eine wirksame Beschwerde) der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) hinsichtlich der Frage, inwiefern die Bestimmungen des Artikels 15 Absatz 1 EMRK erfüllt sind, der als Voraussetzung für die Abweichung eine Bedrohung durch Krieg oder einen öffentlichen Notstand verlangt und festlegt, dass die Abweichungen von den Verpflichtungen in der Lage unbedingt erforderlich sein müssen, und inwiefern wird sie das Problem der Abweichung von Verpflichtungen aus der EMRK durch die Ukraine im Ministerkomitee des Europarates thematisieren?
33. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie lange sind derzeit die Wartezeiten für die Beantragung eines Visums zur Familienzusammenführung zu in Deutschland anerkannten syrischen Flüchtlingen in den relevanten deutschen Botschaften bzw. Visastellen in der Region (Türkei, Libanon, Irak, Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien usw.), und mit welchen über die bisherigen Maßnahmen hinausgehenden Initiativen will die Bundesregierung in diesen Fällen möglichst rasche Familienzusammenführungen sicherstellen, auch zur Einhaltung der Vorgabe in Artikel 5 Absatz 4 der Richtlinie 2003/86/EG vom 22. September 2003, die eine mehr als neunmonatige Bearbeitungsdauer nur in Fällen einer schwierigen Antragsprüfung, nicht aber aufgrund mangelnder Arbeitskapazitäten zulässt (bitte ausführen)?

